

Freidenker-Umschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **85 (2000)**

Heft 6

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zürich

Derzeit werden im Kanton Zürich **Regionalkonferenzen zur Entflechtung von Staat und Kirche** durchgeführt, als innerkirchliche Vorbereitung auf das Vernehmlassungsverfahren zum auf den Herbst 2000 erwarteten Entwurf für ein neues Kirchengesetz.

NZZ, 13.4.2000

An der ETH Höggerberg ist nach 10jähriger Planung ein sogenannter **Raum der Stille** eröffnet worden. Er soll für alle Studierenden und Mitarbeiter der ETH, ungeachtet ihrer Konfessions- oder Religionszugehörigkeit, ein Ort sein, an den sie sich zurückziehen, wo sie ihre persönliche Andacht pflegen können.

Das Angebot konfessionsneutraler Andachtsräume ist heute immer häufiger in Flughäfen, Bahnhöfen, Autobahnraststätten anzutreffen.

NZZ 14.4.2000

Deutschland

Scientology ist beim Versuch, der Hamburger Behörde die Verbreitung der so genannten "Technologie-Erklärung" zu verbieten, gescheitert. Das

Verwaltungsgericht wies die Klage zweier Scientologinnen als "unbegründet" ab. Seit einigen Jahren führt die Hamburger "**Arbeitsgruppe Scientology**" (AGS) Beratungen für Unternehmen durch, die die Praktiken von Scientologen-Firmen fürchten. Da die Behörde aus datenschutzrechtlichen Gründen über Mitgliedschaften keine Auskunft geben darf, rät die AGS den Interessenten, verdächtigen Geschäftspartnern die "Technologie-Erklärung" vorzulegen. Darin können sich dann die Betroffenen von "Praktiken" und "Technologien" des Scientologen-Führers L. Ron Hubbard distanzieren.

Ein Scientology-Anwalt hat sich gegen den "Sektenfilter" als "Diskriminierung" und "Verstoß gegen die Menschenrechte" gewehrt. Es sei in der Bundesrepublik eine Stimmung geschaffen worden, in der das Bekenntnis zu Scientology zur Ächtung und persönlichen Zerstörung führe. Durch staatliches Vorgehen würden Scientologen regelrecht verfolgt.

Freidenker-Umschau

Im Streit um den Religionsunterricht ist in **Berlin** ein neuer Vorschlag gemacht worden: Eine Gruppierung von ChristInnen hat sich unter dem Namen "alternative Stimme" zu Wort gemeldet und ein Modell eines "**multi-religiösen Unterrichts**" zur Diskussion gestellt. Angesichts von 130 in Berlin vorhandenen Religionsgemeinschaften sei dies die einzige zukunfts-trächtige Möglichkeit für Religionsunterricht. Ein Fach Religion, in dem die verschiedenen Religions- und Konfessionsgruppen ihren eigenen Unterricht gestalten, würde wenig zum gegenseitigen Verstehen beitragen. Der angestrebte Unterricht soll Wahrheitsansprüche von Bekenntnisgemeinschaften relativieren, Gruppenegoismen auflösen und das Gemeinsame aller Natur- und Weltreligionen erarbeiten. Die beiden christlichen Kirchen lehnen das Modell ab mit der Begründung, es werde zu einer allgemeinen Gleichmacherei führen, bestehende Differenzen müssten ausgehalten werden.

taz, 25.4.2000

Grossbritannien

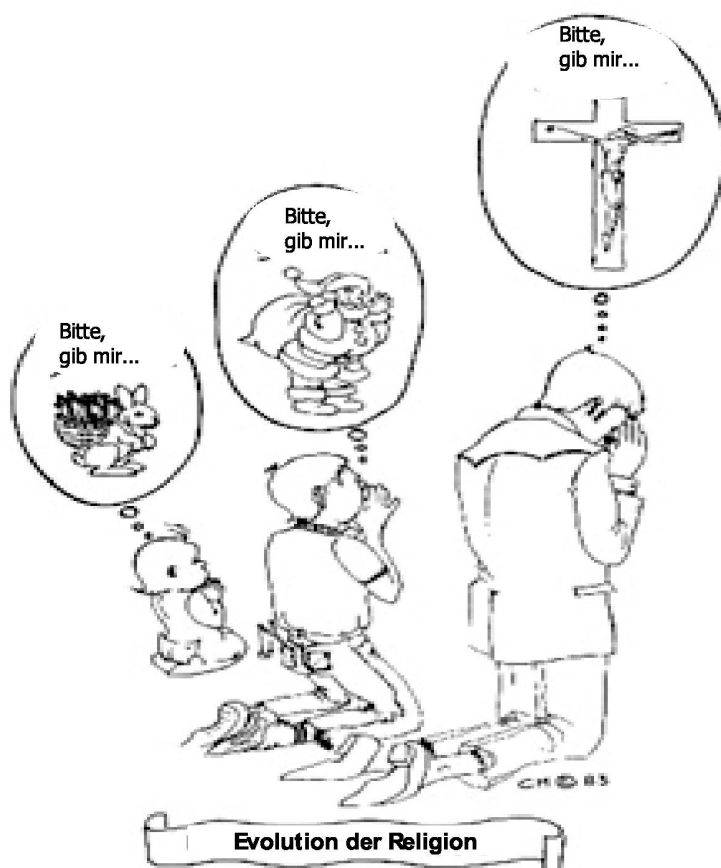
Die katholische und anglikanische Kirche in Grossbritannien haben mit dem britischen Erziehungsministerium neue **Richtlinien zur Sexualerziehung** vereinbart. Wie *Times* berichtet, werden Lehrer dazu angehalten, Schülern den höheren Wert einer Ehe gegenüber nichtehelichen Beziehungen zu erläutern.

taz, 17.3.2000

Island

Vor 1000 Jahren wurde in Island – nicht zuletzt auf Druck von Norwegen – das **Christentum per Gesetz eingeführt**. Dieser Geburtstag wird mit einer grossen Feier begangen: Anfang Juli in Thingvellir, dem "heiligen Ort aller Isländer", zu der Zehntausende erwartet werden. In Island wird aber derzeit auch über die Trennung von Staat und Kirche diskutiert.

NZZ, 27.4.2000



Kaschmir

Zur Beilegung des 50-jährigen Konfliktes in Kaschmir liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch. KritikerInnen weisen aber darauf hin, dass die vorgeschlagene Grenzziehung einer **Einteilung nach religiösen Zugehörigkeiten** entspricht.

Dies könnte zu einer ethnischen Säuberung führen, in Form einer Migration der hinduistischen und buddhistischen Minderheiten aus dem neuen Kaschmir - und umgekehrt. Die Vorschläge kommen der pakistanischen These einer Aufteilung des Subkontinents nach Religionszugehörigkeit entgegen, widersprechen aber dem Selbstverständnis Indiens, das Religion als Kriterium zurückweist.

NZZ, 10.5.2000

Saudiarabien

Amnesty International hat in einem unlängst veröffentlichten Bericht saudiarabischen Regierung schwere **Menschenrechtsverstöße** vorgeworfen. Amnesty bezichtigt das saudische Königreich der willkürlichen Hinrichtungen, der Folter in vielen Gefängnissen, eines unfairen Justizsystems und der religiösen Intoleranz. Das saudische Rechtssystem beruht auf der Scharia, der islamischen Rechtsprechung. Frauen sind von der als willkürlich bezeichneten Rechtsprechung offenbar besonders betroffen. Bei Aussagen vor Gericht hat die Stimme einer Frau nur halb so viel Gewicht wie die eines Mannes. Die Bestrafung erfolgt jedoch mit der gleichen Härte. Die Staatsreligion ist der sunnitische Islam in der orthodoxen Auslegung der Wahhabiten. Jede andere Religion ist verboten.

NZZ, 19.4.2000

Spanien

Die Katholische Kirche lehnt Urteile über die **Rolle der Kirche während des Franco-Regimes** ab. Gemäss Kardinal Rouco, der als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Johannes Paul II. gilt, wolle man hier nicht alte Wunden aufreissen.

Schaffhauser Nachrichten, 5.4.2000

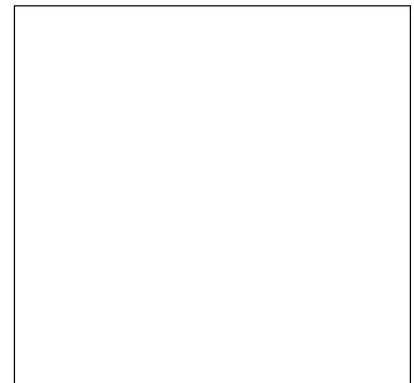
rc

Frankreich: Freidenker im Wiederaufbau

Die seit Jahrzehnten aktive "Fédération Nationale de la Libre Pensée" wurde im Laufe der letzten Jahre systematisch von einem linksextremen Parteigrüppchen unterwandert; zuerst einzelne Federationen (Regionalverbände), dann die zentrale Leitung. Seit zwei Jahren ist der Verband ganz in Händen von Mitgliedern und Sympathisanten des "Parti des Travailleurs" (Lambertisten/Trotzkisten). Als die anvisierte Machtübernahme in der "Weltunion der Freidenker" misslang, zog sich die "Libre Pensée" aus dem Weltverband zurück, was zahlreiche Mitglieder und ganze Sektionen veranlasste, einen neuen Landesverband zu gründen: "L'Association des Libres Penseurs de France" (ADLPF) mit Sitz in Paris. Der neue Verband ist Mitglied der Weltunion.

Der Jahreskongress des ADLPF fand am 6./7. Mai 2000 in Strassburg statt. Dieser 5. Kongress wurde am Samstag, 6. Mai um 9.30 Uhr, von Präsident Maurice Azoulay eröffnet. Azoulay ist seit Jahren Kassier der Weltunion.

Der neue Verband unterhält inzwischen in sämtlichen Departementen Frankreichs Vertretungen; sechs Federationen sind voll dabei, mit anderen laufen Verhandlungen. Von Anfang an Mitglied ist die älteste Freidenker-Organisation Frankreichs, die im Jahre 1883 in Niort gegründete "Fédération des deux Sèvres". Das Interesse, in die parteipolitisch neutrale Organisation einzutreten, ist enorm. Auch das Organ des Verbandes, "La Raison Militante" verbesserte sich zusehends und gewinnt laufend neue Abonnenten.



Die statutarischen Geschäfte des Strassburger Kongresses wurden allesamt in Minne und Freundschaft abgewickelt, inkl. Wahl der nationalen Leitung.

Anschliessend folgte ein Vortrag mit Diskussion zum Thema "Europa und die Laizität", es sprach Mme M.-Th. Mutin, Ex-Abgeordnete des EU-Parlamentes. Bis 1999 gehörte sie der sozialistischen Fraktion des europäischen Parlamentes an. Sie berichtete u.a. von ihrem Vorstoss, den Laizitätsgedanken in der EU-Gesetzgebung zu verankern. Sie blieb jedoch allein auf weiter Flur, niemand – auch nicht ihre Kollegen von der Linken – wollte sich zum Kampf gegen den religiös/vatikanischen Einfluss stellen – zu sehr denken die Damen und Herren an die nächste Wiederwahl! Auf die Frage, was sie als Abgeordnete denn in all den Jahren ihrer Aktivität erreichen konnte, antwortete sie lakonisch: Nichts! Für wirkliche Beschlüsse sei eben die EU-Kommission oder dann einer der EU-Ministerräte zuständig. Im Parlament werde nur debattiert, was auch verständlich mache, warum meistens nur ein kleiner Teil des Saales besetzt sei. In der Diskussion wurde auch die Frage gestellt, ob denn die Möglichkeit einer Gefährdung der in Frankreich und Portugal gesetz-

Fortsetzung S. 6